

Fracking für alle

Premier Cameron will Briten von Schiefergas-Förderung überzeugen

London - David Cameron hat die Briten dazu aufgerufen, ihre Vorbehalte gegen die Schiefergas-Förderung, das sogenannte Fracking, zu überdenken. In einem Gastbeitrag für den Daily Telegraph forderte er am Montag, das ganze Land solle hinter der neuen Technologie stehen, weil alle davon profitieren könnten. 'Wenn wir diese Technologie nicht unterstützen, verpassen wir eine große Gelegenheit, Familien mit ihren Rechnungen zu helfen und unser Land wettbewerbsfähiger zu machen', schreibt der Premier. In einer ersten Reaktion forderten Umweltaktivisten, Cameron solle offenlegen, welche Lobbygruppen aus der Energiewirtschaft ihn zu dem Vorstoß bewogen hätten.

Die Diskussion um das Fracking wird im Vereinigten Königreich zunehmend intensiv geführt. Das Dorf Balcombe in West Sussex ist ein symbolisches Zentrum des Protests geworden. Dort harren seit einigen Tagen zweihundert Dorfbewohner und einige Vertreter von Umweltgruppen aus, um gegen geplante Probebohrungen in der Gegend zu protestieren. Am kommenden Wochenende werden mehrere Hundert zusätzliche Aktivisten erwartet, die in Balcombe ein Camp aufschlagen und dauerhaft protestieren wollen.

Das Wort Fracking ist als Kurzform des englischen Begriffs 'hydraulic fracturing' entstanden, der 'hydraulisches Aufbrechen' bedeutet. Bei der damit bezeichneten Fördermethode werden Wasser, Sand und Chemikalien in unterirdische Gesteinsschichten gepresst, um Gas oder Öl freizusetzen. Kritiker halten die Technik für zu wenig erforscht. Fracking könne kleine Erdbeben auslösen und das Trinkwasser verseuchen, zudem werde die Landschaft verschandelt.

Cameron entgegnet nun, dass das Landschaftsbild sich nur ein wenig ändere, außerdem würden die Vorteile der Förderung die möglichen Nachteile bei Weitem aufwiegen. Der Premier verspricht 70 000 neue Arbeitsplätze, wenn in Großbritannien künftig flächendeckend Schiefergas gefördert werde.

Für die konservative Partei ist das Fracking zu einem heiklen Thema geworden, seit Ende Juli der Oberhaus-Abgeordnete Lord David Howell angemerkt hatte, man solle die neue Fördertechnik vielleicht nur im verödeten Nordosten Englands anwenden. Dafür mussten die Tories reichlich Spott einstecken, weil der Nordosten Englands dicht besiedelt ist und einst das industrielle Herz Englands war. Seit Langem versucht die Partei, ihre Beliebtheitswerte im Norden zu steigern, dort wird traditionell die Labour-Partei gewählt. Die Äußerung des Lords wurde daher bei den Konservativen als wenig hilfreich empfunden. Howell erklärte daraufhin, er habe nicht den Nordosten Englands gemeint, sondern den Nordwesten. Der ist zwar in der Tat eher dünn besiedelt, aber Howell sah ein, dass diese Erklärung wenig besser machte, und entschuldigte sich.

Wohl auch, um diese für die Tories peinliche Episode zu überspielen, betonte Cameron nun, dass 'die ganze Nation' vom Fracking profitieren solle, 'Nord oder Süd, Konservative oder Labour-Anhänger. Das betrifft jeden einzelnen von uns.' Der Premier führte aus, die Energiekonzerne hätten zugestimmt, jeder Gemarkung in der Nähe eines Probebohrlochs 100 000 Pfund zu zahlen. Sollte tatsächlich Gas gefördert werden, würden die Anwohner ein Prozent der Erlöse erhalten. 'Das ist richtiges Geld, das zum Beispiel in örtliche Schulden investiert werden kann oder mit dem sich die Gemeindesteuer senken lässt.'

Zu den möglichen schädlichen Folgen schrieb der Premier, es gebe in internationalen Fracking-Studien bisher keine Hinweise auf Umweltschäden. Allerdings haben amerikanische Wissenschaftler der Duke University in North Carolina im Juni eine Studie veröffentlicht, der zufolge die zur Gasförderung eingesetzten Chemikalien das Grundwasser verunreinigen. In Brunnen in der Nähe von Fracking-Anlagen fanden die Forscher erhöhte Vorkommen von Methan, Ethan und Propan im Trinkwasser.

Cameron zufolge liegen nach neuesten Erkenntnissen etwa 40 Billionen Kubikmeter Schiefergas in britischem Boden. Wenn das Land nur ein Zehntel dieses Vorkommens fördere, sei das genug, um die Gasversorgung für 51 Jahre sicherzustellen.

Christian Zschke, SZ, 13.8.13

